Britta Alexandra Mester

Beschäftigtendatenschutz

Die (un)endliche Geschichte einer gesetzlichen Regelung

Beschäftigte

Der Ausdruck „Beschäftigter“ dient zunächst einmal als Oberbegriff für die Gruppe der Arbeitnehmer und Arbeiter sowie im Personalvertretungsrecht auch für die der Arbeitnehmer und Beamten (vgl. § 4 Abs. 1 BPersVG).¹ Im Datenschutzrecht findet sich eine eigene Definition in § 3 Abs. 11 BDSG. Als Beschäftigte gelten danach: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zur Berufsausbildung Beschäftigten, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie an Abklärungen der beruflichen Eignung oder Arbeitserprobung (Rehabilitandinnen und Rehabilitanden), die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen Beschäftigten, die nach dem Jugendfreiwilligendienstgesetz Beschäftigten, Personen, die wegen ihrer wirtschaftlichen Unselbstständigkeit als arbeitnehmerähnliche Personen anzusehen sind (zu denen auch die in Heimarbeit Beschäftigten und die ihnen Gleichgestellten gehören), die Bewerberinnen und Bewerber für ein Beschäftigungsverhältnis sowie Personen, deren Beschäftigungsverhältnis beendet ist und die Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter des Bundes, Soldatinnen und Soldaten sowie Zivildienstleistenden.²

Datenschutz

Mithilfe des Beschäftigtendatenschutzes soll der Umgang mit den Daten der von § 3 Nr. 11 BDSG erfassten Personen durch ihren Arbeitgeber bzw. Dienstherrn geregelt werden. Hierzu wird ein Rahmen vorgegeben, innerhalb dessen Mitarbeiterdaten rechtlich zulässig verarbeitet werden dürfen. Neben der Regelung der berechtigten dienstlichen Verwendung von Beschäftigtendaten zur Begründung, Durchführung oder Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses, wird durch den Beschäftigtendatenschutz aber außerdem auch die Verwendung der Mitarbeiterdaten zur Ermittlung von Straftaten geregelt (vgl. § 32 BDSG).³

Die Forderung nach einem eigenen Arbeitnehmer-/Beschäftigtendatenschutzgesetz⁴ besteht jedoch bereits seit einigen Jahren, so forderten die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder bereits im Jahr 1992 eigene bereichsspezifische Regelungen für Beschäftigte,⁵ ebenso die Gewerkschaften.⁶ Auch in

den folgenden Jahren gab es Vorschläge für ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.⁷ Der Entwurf wurde allerdings nicht als Gesetz beschlossen, sondern vielmehr in Form einer Ergänzung des BDSG (§ 32 BDSG) mit aufgenommen.⁸

Zuletzt wurde im Jahre 2010 ein Entwurf eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes der Bundesregierung vorgelegt,⁹ in dem die Integration des Beschäftigtendatenschutzes in das BDSG durch mehrere Paragraphen vorgesehen war (§§ 32–32l BDSG), jedoch von der Regierung nach der ersten Lesung zurückgezogen wurde.¹⁰ Die Regelung des Beschäftigtendatenschutzgesetzes findet sich damit weiterhin in § 32 BDSG.

DS-GVO

Am 15.12.2015 einigten sich nunmehr der Europäische Rat, das Europaparlament und die Europäische Kommission über den Inhalt einer europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO – VO(EU) 2016/679).¹¹ Mit deren Inkrafttreten im Mai 2016, wird die EU-DS-GVO ab dem 25.5.2018 in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbindlich und die Datenschutzrichtlinie 95/46/EG außer Kraft gesetzt (Art. 94 DS-GVO).¹²

Während der Entwurf der DS-GVO ursprünglich eine Öffnungsklausel für nationale Regelungen zum Beschäftigtendatenschutz in Art. 82 DS-GVO enthielt, wird nunmehr der Art. 88 DS-GVO herangezogen.¹³ Eine entsprechend nationale Regelung findet sich inzwischen in einem Referentenentwurf zum DSAnpUG-EU, wonach in § 33 Abs. 4 ABDSG-E die Übernahme der bisher in § 3 Abs. 11 BDSG enthaltenen Definition des Begriffs „Beschäftigte“ vorgesehen ist und § 33 Abs. 1–3 ABDSG-E dem § 32 BDSG entspricht.¹⁴ Es ist jedoch abzuwarten, ob es bei dieser Regelung wirklich verbleibt.

7 Vgl. zur Diskussion Mester, Arbeitnehmerdatenschutz, Oldenburg 2008; BvD, DuD 2008, S. 645.

8 Zur Entwicklung vgl. bei Gola/Schomerus, BDSG, 2015, § 32 Rn. 1 f.

9 Am 3.9.2010 im Bundesrat (BR-Drs. 535/10) und nachfolgend im Bundestag (BT-Drs. 17/4230).

10 Zur Kritik von allen Seiten vgl. u. a. Stellungnahme des Bundesrates vom 5.11.2010, BR-Drs. 535/10(B); BDA, Innenausschuss Drs. 17(4)252 C; DGB Bundesvorstand Abt. Recht Stellungnahme vom 3.9.2010. <http://www.dgb.de/themen/++co++3a87cbec-b9d1-11df-6fd9-00188b4dc422> (Abruf 25.10.2016); dazu Taeger/Rose, BB 2016, S. 819.

11 Pressemitteilung der EU-Kommission vom 15.12.15: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6321_de.htm (Stand 6.10.2016); zu vorangegangenen europarechtlichen Bestrebungen vgl. Zöll, in: Taeger/Gabel (Hrsg.), BDSG, § 32 Rn. 4 f.

12 ABLEU L 119, S. 1, 4.5.2016.

13 Vgl. Schubert/Jerchel, DuD 2016, S. 782; Spelge, DuD 2016, S. 775; Stelljes, DuD 2016, S. 787.

14 Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Datenschutz-Grundverordnung und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680, in dem unter Art. 1 das Allgemeine Bundesdatenschutzgesetz zu finden ist: <https://www.datenschutz-grundverordnung.eu/wp-content/uploads/2016/09/Entwurf-ABDSG-E-08.2016.pdf> (Abruf 25.10.2016).

1 Auch das Sozialversicherungsrecht bedient sich dieses Begriffes, vgl. § 7 SGB IV, http://www.gesetze-im-internet.de/sbg_4/_7.html (Abruf 19.10.2016).

2 Vgl. dazu auch Schubert/Jerchel, DuD 2016, S. 782.

3 Vgl. auch LDSB Baden-Württemberg <http://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/beschaeftigtendatenschutz/> (Abruf 19.10.2016).

4 Der Begriff „Beschäftigter“ setzte sich erst später durch.

5 Siehe Entschließung der 43. Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder vom 23./24. März 1992, <http://www.datenschutz.sachsen-anhalt.de/konferenzen/nationale-datenschutzkonferenz/entschliessungen/entschliessung-der-43-konferenz-am-2324-maerz-1992-in-baden-wuerttemberg/arbeitnehmerdatenschutz/> (Abruf 19.10.2016).

6 Vgl. bspw. die DGB-Eckpunkte aus dem Jahr 1999, <https://web.archive.org/web/20090914130632/http://www.einblick.dgb.de/hintergrund/1999/16/text01> (Abruf 19.10.2016).